

Haushaltsplanung 2021

Gemeinderatssitzung am
21.10.2020



TOP 6

1. Zeitlicher Ablauf der Beratungen
2. Haushaltsausgleich
3. Eckdaten der Haushaltsplanung 2021 ff.
4. Aufgaben/Entscheidungen des Gemeinderates (sofort – Zukunft)



1. Zeitlicher Ablauf der Beratungen

07.10.2020 – Vorberatung AUT

21.10.2020 – Eckdaten der Haushaltsplanung 21

07.11.2020 – Klausurtagung zum Haushalt 21

18.11.2020 – weitere Vorberatungsmöglichkeit

02.12.2020 – finale Vorberatungsmöglichkeit

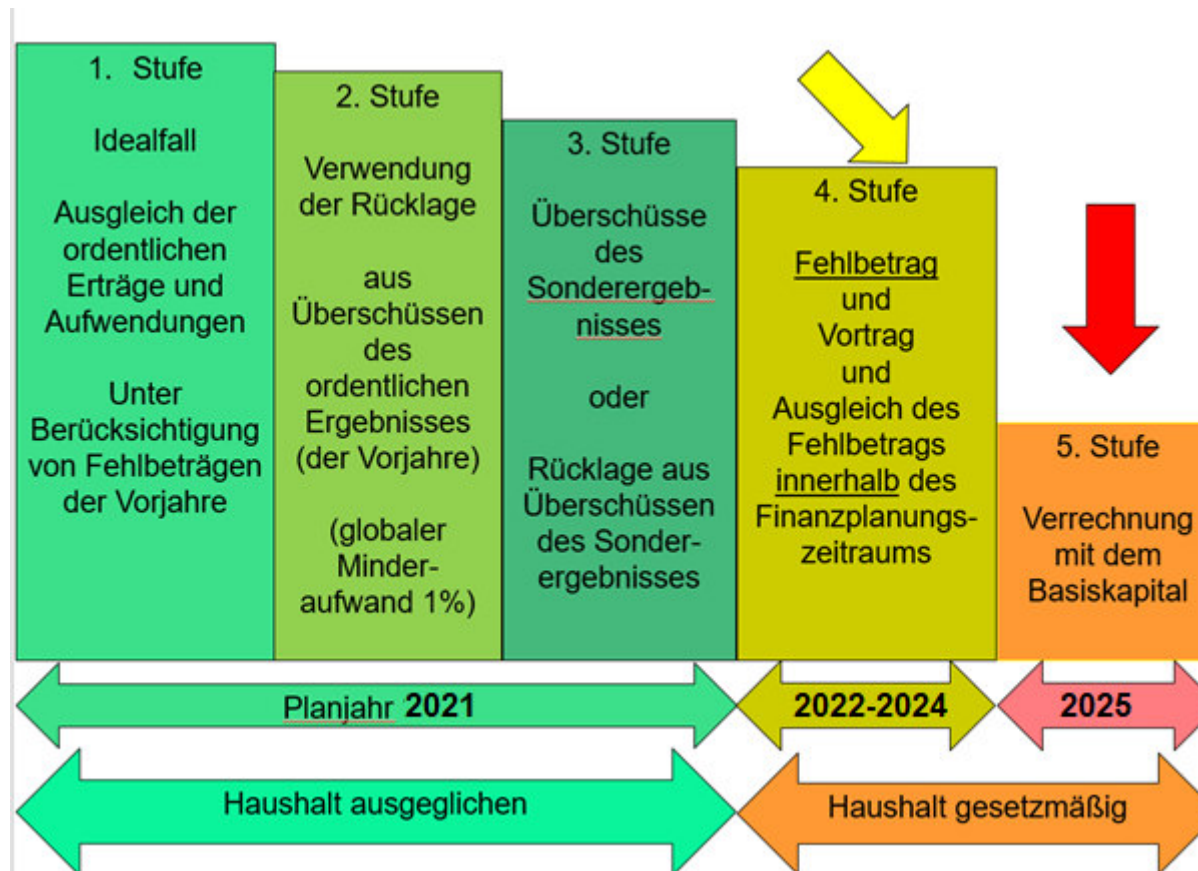
16.12.2020 – Beschlussfassung und Haushaltsreden



2. Haushaltsausgleich



Stufenmodel im NKHR



In Waldbronn:

Jahr	Stufe	Fehlbetragsvortrag
2020	4 → 5	4.864 T€
2021	4 → 5	3.521 T€
2022	?	
2023	?	
2024	?	

3. Eckdaten der Haushaltsplanung 2021 ff.



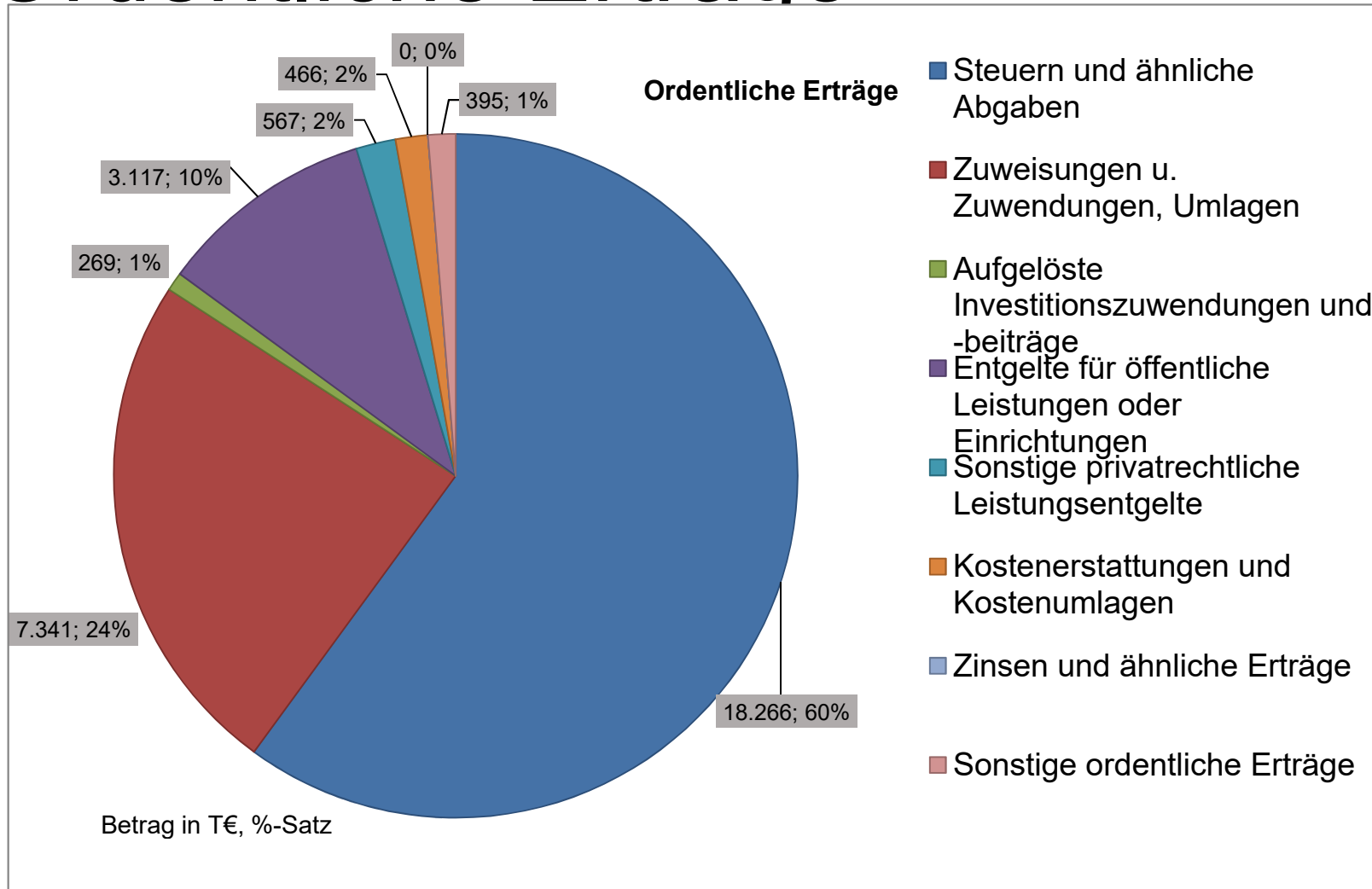
Änderungen seit Versand der Vorlage am 12.10.2020

Bezeichnung	Plan 12.10.	Plan (neu)	Vergleich
KVBW	810.000,- €	10.000,- €	-800.000,- €
Digitale Ausstattung AF Schule	0,- €	50.000,- €	50.000,- €
Digitale Ausstattung AF Schule Zuschuss Land	0,- €	-40.000,- €	-40.000,- €
Digitale Ausstattung AS Schule	0,- €	70.000,- €	70.000,- €
Digitale Ausstattung AS Schule Zuschuss Land	0,- €	-56.000,- €	-56.000,- €
Digitale Ausstattung Waldschule (verschoben aus Invest)	0,- €	25.000,- €	25.000,- €
Digitale Ausstattung Waldschule Zuschuss Land (verschoben aus Invest)	0,- €	-20.000,- €	-20.000,- €
Gemeindeanteil Einkommenssteuer	-9.243.000 €	-9.011.000 €	232.000,- €

Änderungen seit Versand der Vorlage am 12.10.2020

Bezeichnung	Plan 12.10.	Plan (neu)	Vergleich
Friedhof Etzenrot Sanierung der öffentl. Toilette (AUT)	5.500,- €	0,- €	-5.500,- €
Wiesenfesthalle Sanierung der Tore (AUT)	22.000,- €	0,- €	-22.000,- €
Abschreibungen	2.691.300,- €	2.803.500,- €	112.200,- €
Neugestaltung Kirchplatz (AUT)	30.000,- €	0,- €	-30.000,- €
Barrierefreier Ausbau Bushaltestellen (AUT)	220.000,- €	350.000,- €	130.000,- €
Photovoltaikanlage Marktplatz 7 Anbau zusätzliches Funkmodul	0,- €	1.000,- €	1000,- €

Ordentliche Erträge



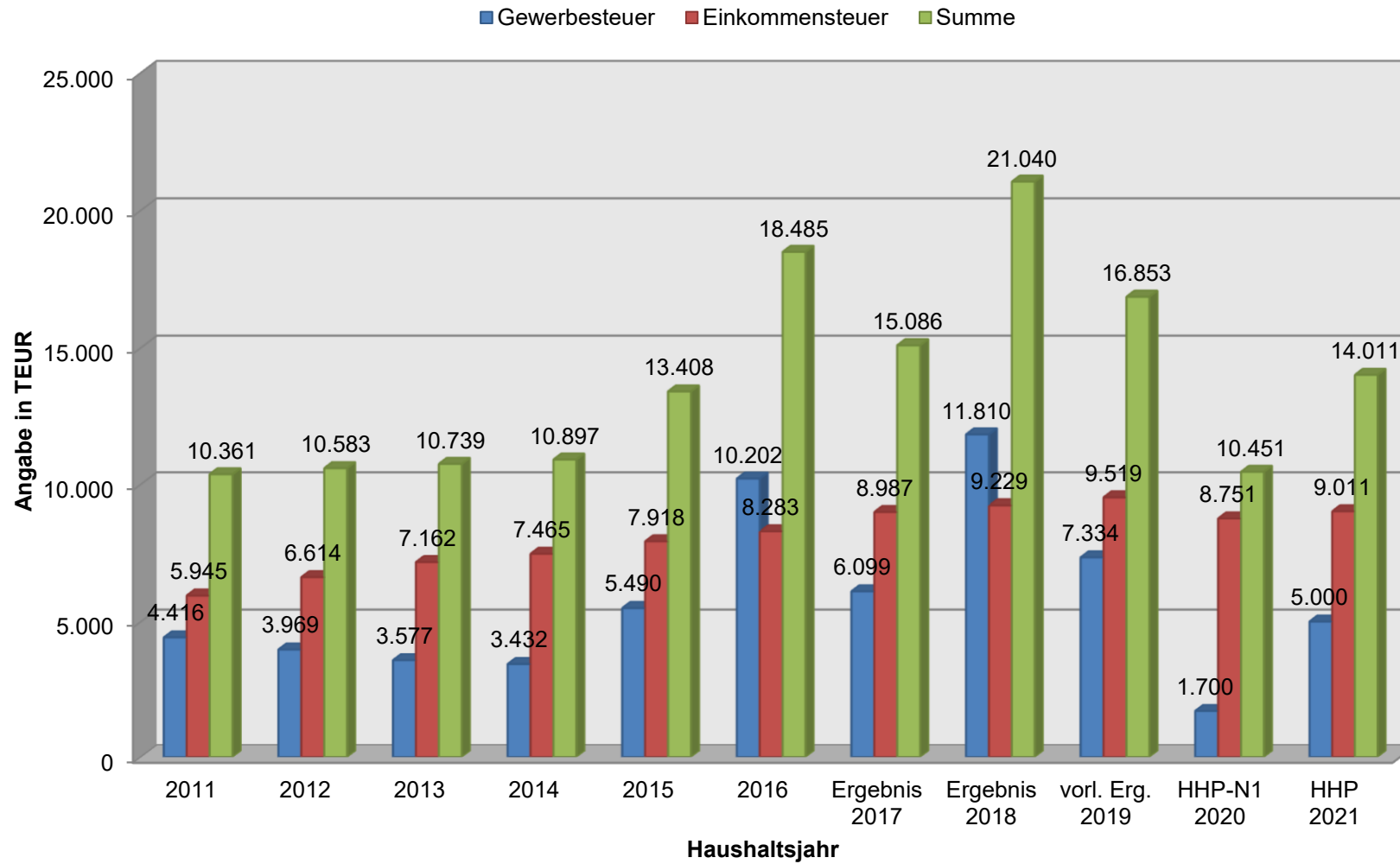
30.420.100 EUR

Wesentliche ordentl. Erträge

Bezeichnung	2020 NT	2021 Plan	Vergleich
Grundsteuer	2.135 T€	2.105 T€	-30 T€
Gewerbesteuer	1.700 T€*	5.000 T€	+3.300 T€
Einkommenssteuer	8.751 T€	9.011 T€	+260 T€
Umsatzsteuer	854 T€	1.061 T€	+207 T€
Familienleistungsausgleich	653 T€	712 T€	+59 T€
Vergnügungssteuer	275 T€	325 T€	+50 T€
Schlüsselzuweisungen	2.429 T€	3.595 T€	+1.166 T€
Investitionspauschale	1.161 T€	1.057 T€	-104 T€
Kostenerstattungen + Kostenumlagen	458 T€	466 T€	+8 T€

*ggf. über Rückstellung aus 2020

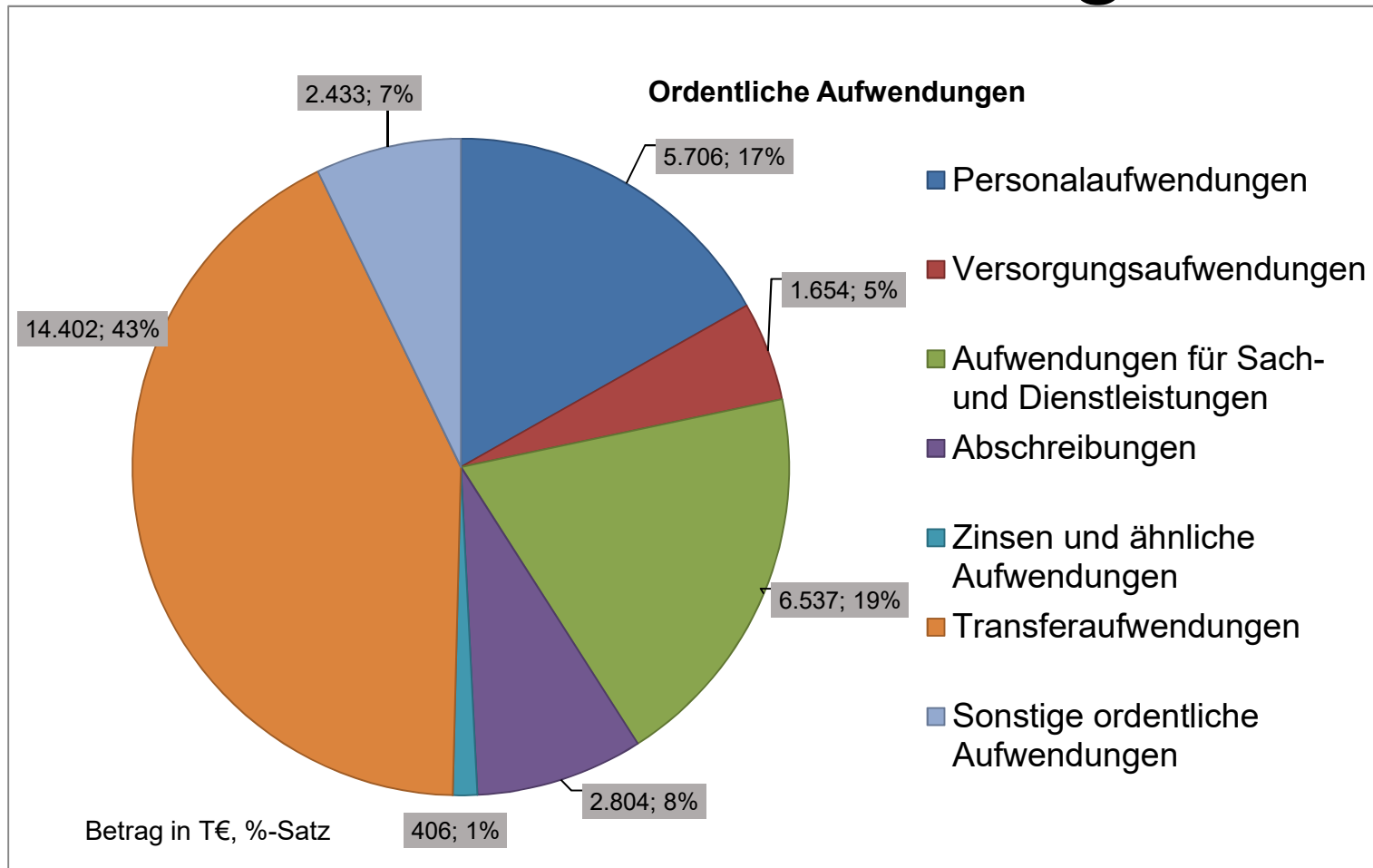
Entwicklung der Einnahmen aus Gewerbesteuer und Einkommensteuer



Wesentliche ordentl. Erträge

Bezeichnung	2020 NT	2021 Plan	Vergleich
Kiga Gebühren	136 T€	205 T€	+69 T€
Hort Gebühren	164 T€	248 T€	+84 T€
weitere Entgelte für öff. Leistungen/Einrichtungen	2.471 T€	2.664 T€	+193 T€
Kindergartenlastenausgleich § 29b FAG	933T €	967 T€	+34 T€
Kleinkindförderung § 29 FAG	940T €	995 T€	+55 T€
Förderung pädagogische Leitungszeit §29e FAG	157T €	157 T€	+0 T€

Ordentliche Aufwendungen

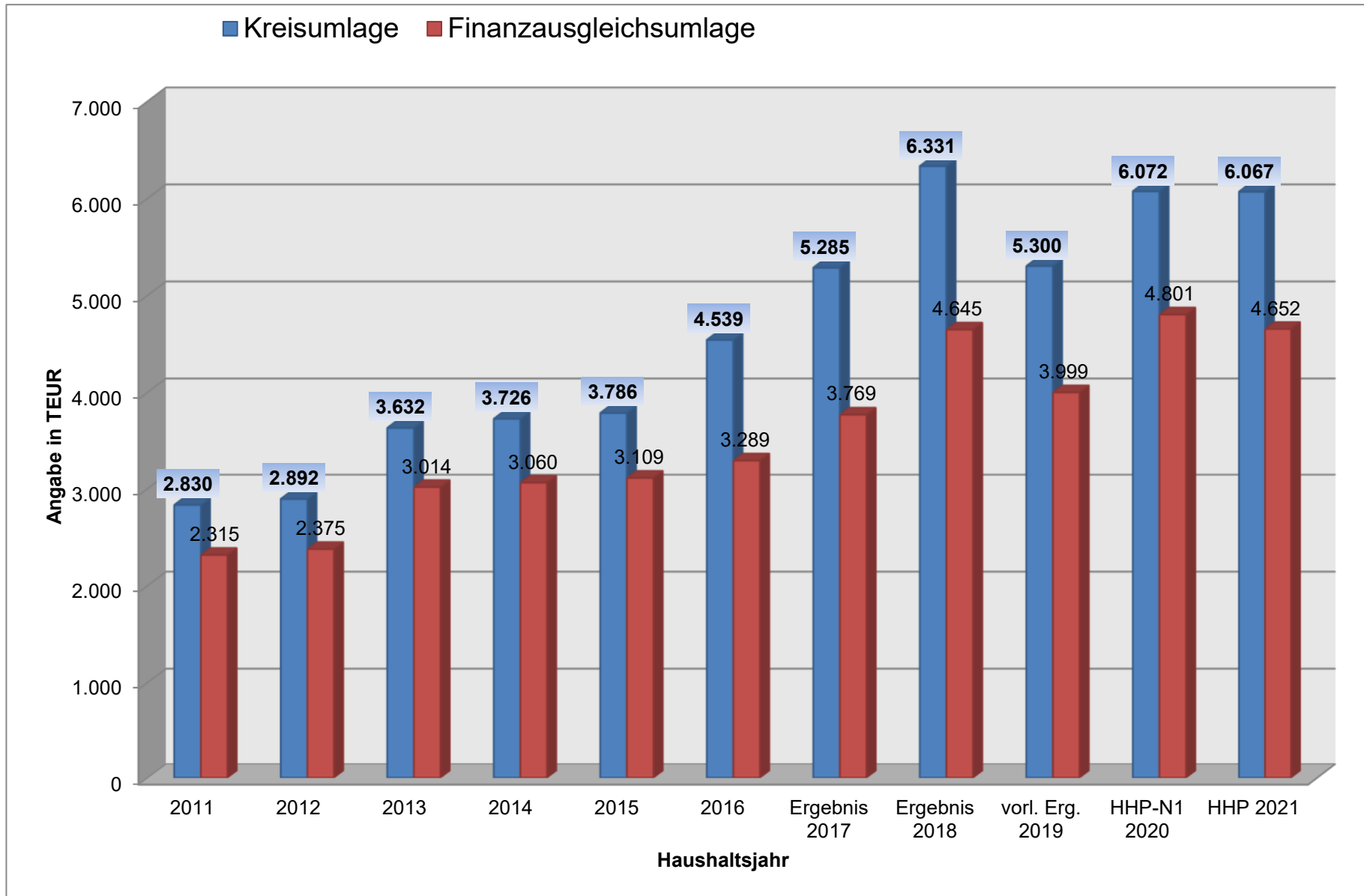


33.940.700 EUR

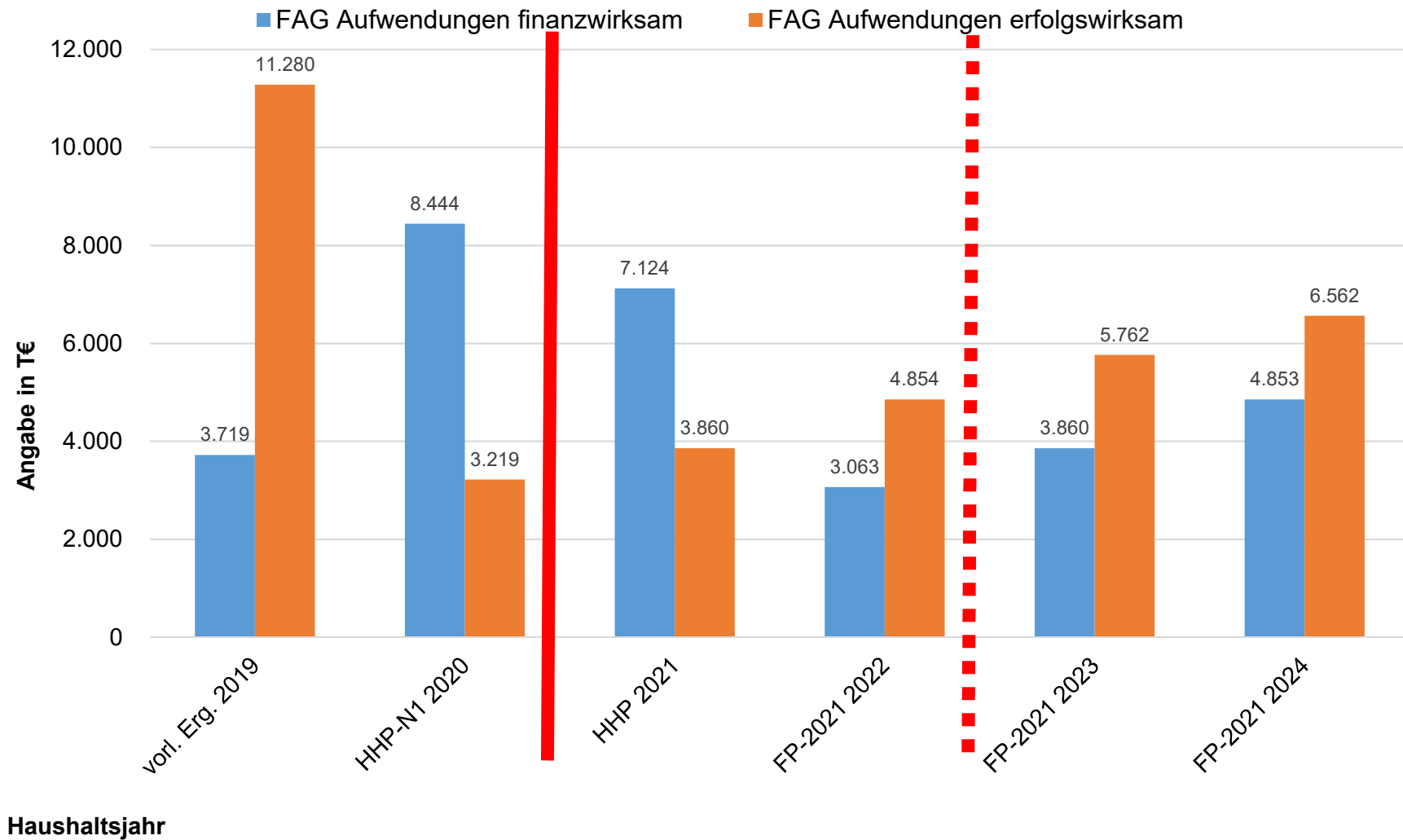
Wesentliche ordentl. Aufwend.

Bezeichnung	2020 NT	2021 Plan	Vergleich
Priv. KiGaTräg./Zuschüsse	1.567 T€	2.015 T€	+448 T€
Kir. KiGaTräg./Zuschüsse	2.178 T€	1.926 T€	-252 T€
FAG-Umlage (Rückstellung)	4.801 T€ (-3.679 T)	4.652 T€ (-2.686 T)	-149 T€ (+993)
GWS-Umlage	149 T€	438 T€	+289 T€
Kreisumlage (Rückstellung)	6.072 T€ (-1.359)	6.067 T€ (-579)	-5 T€ (+780)
Erstattungszinsen	911 T€*	11 T€	-900 T€
Rechtsstreit KVBW	832 T€*	10 T€	-822 T€

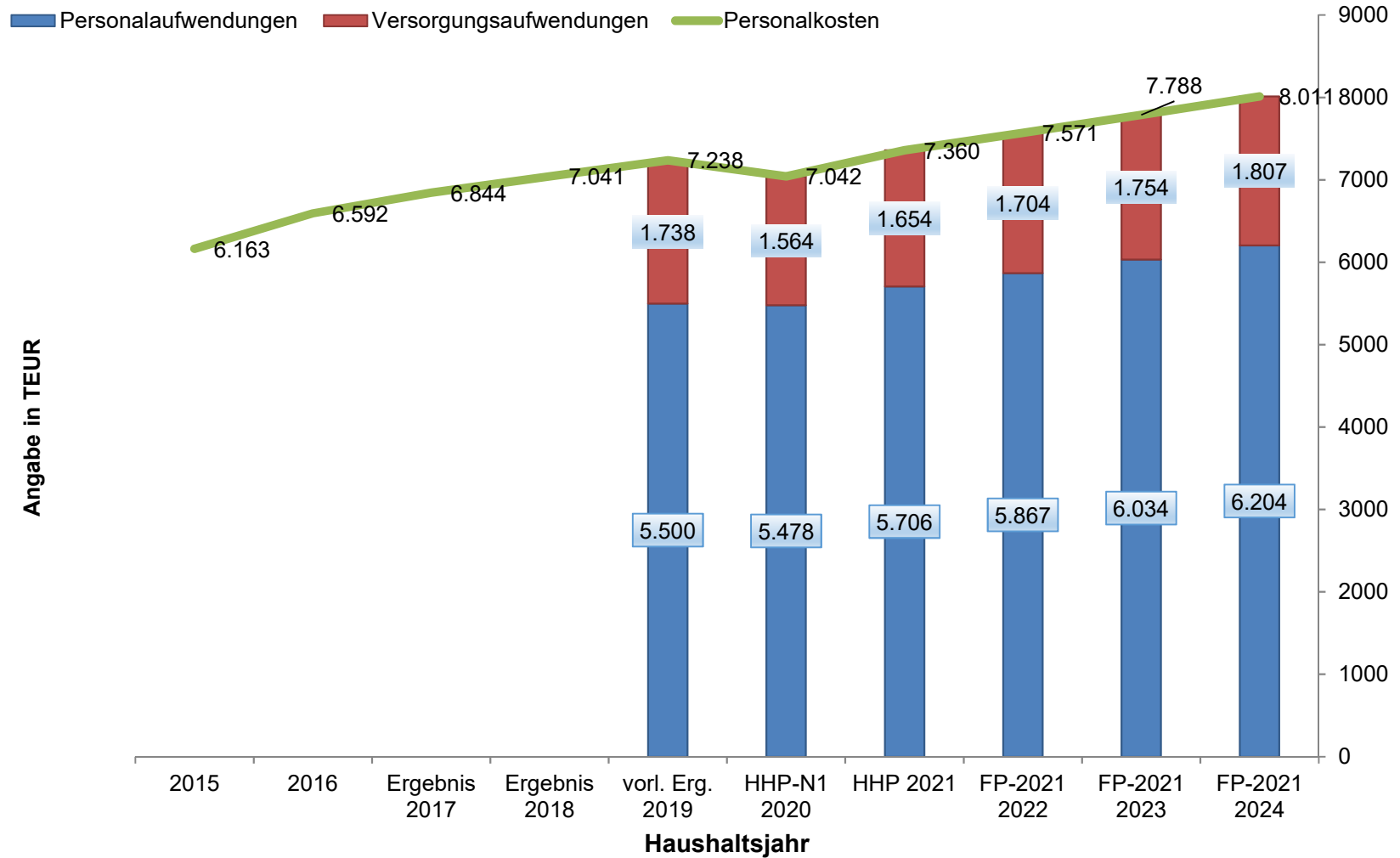
*ggf. über Rückstellung aus 2020



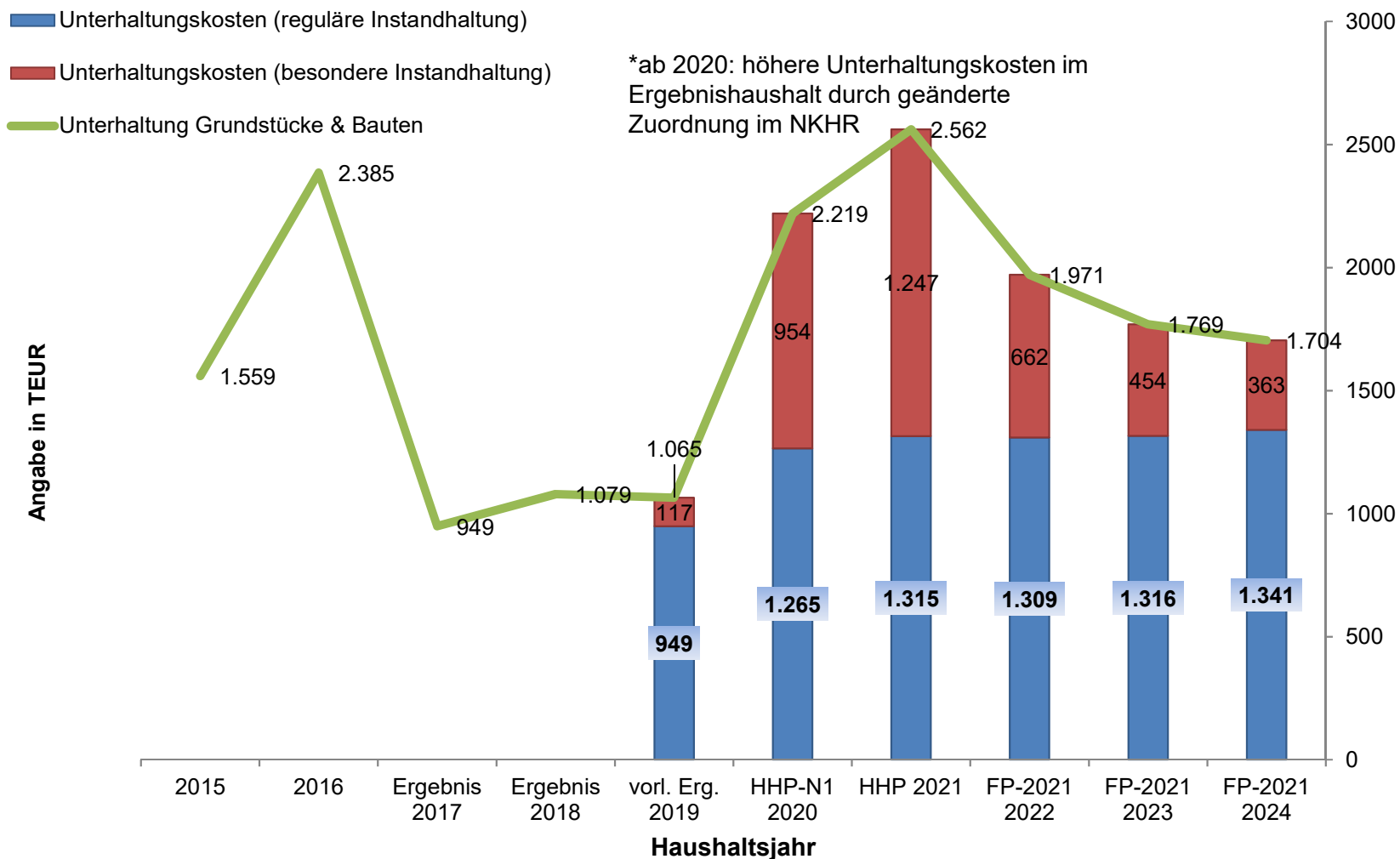
Einfluss der Bildung freiwilliger Rückstellungen FAG auf erfolgswirksame Aufwendungen im Haushaltsjahr



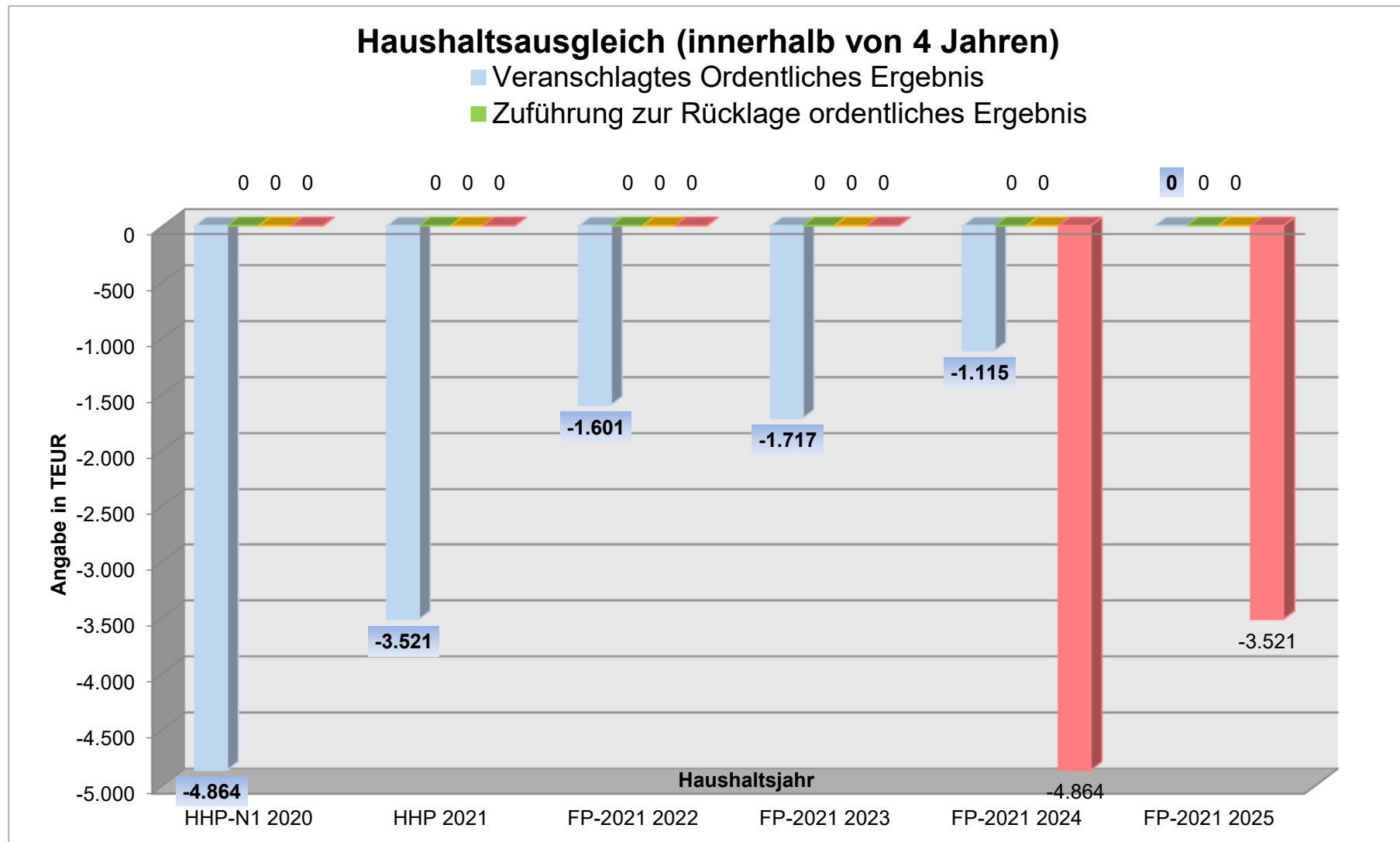
Entwicklung der Personalkosten



Unterhaltungskosten der Grundstücke und baulichen Anlagen



Haushaltsausgleich 2021



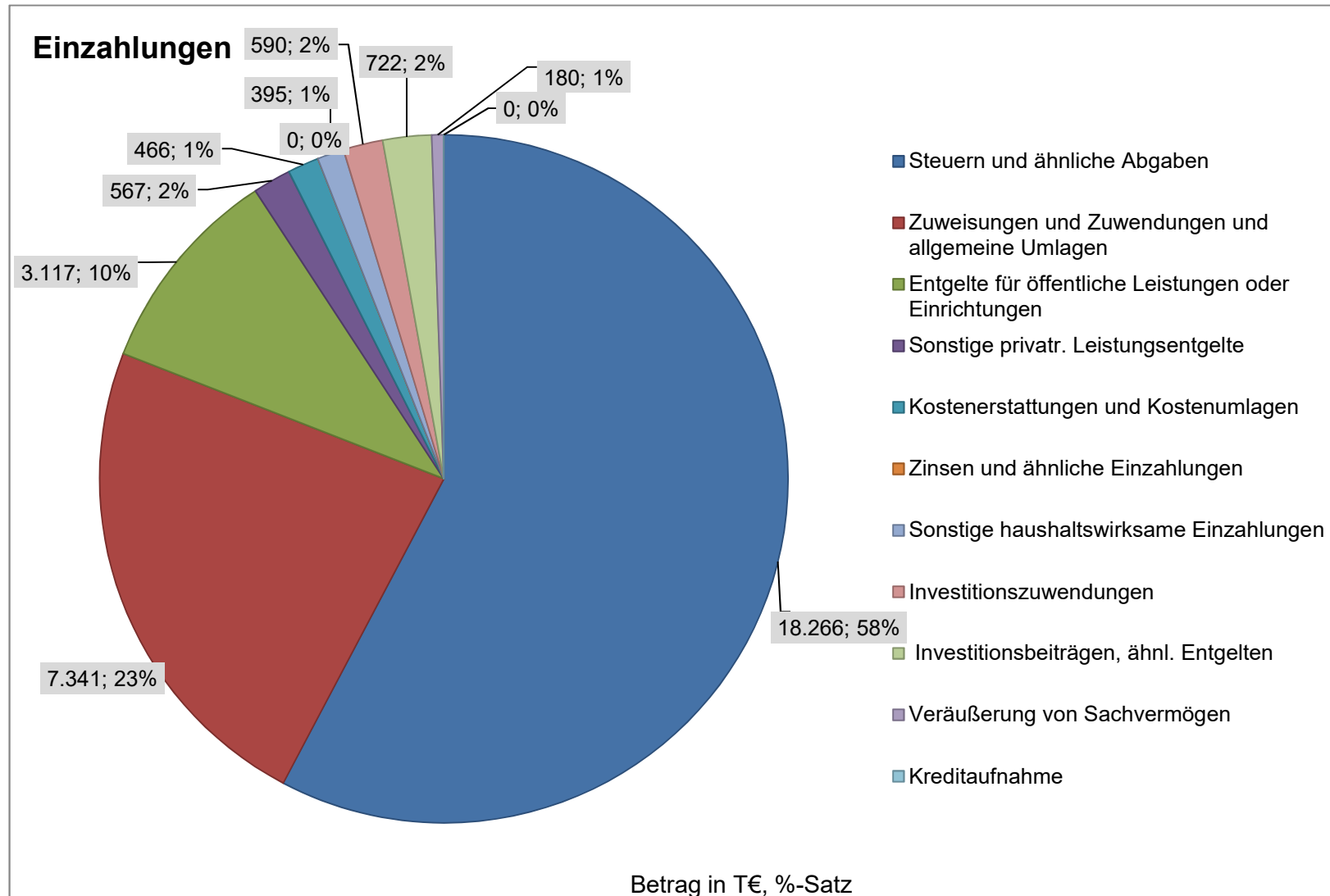
Mittelfristig unausgeglichener Haushalt

GT-Info Nr.: 19/2020 vom 05.11.2020

„Es bedürfe Absprachen – auch als Leitlinien für die Kommunalaufsicht –, unter denen die Kommunalaufsicht mittelfristig unausgeglichene Ergebnishaushalte der Kommunen akzeptiert.“

„Das Innenministerium und die Kommunalen Landesverbände haben verabredet, Hinweise und Empfehlungen an die Rechtsaufsichtsbehörden zum Umgang mit unausgegleichenen Ergebnishaushalten zu erarbeiten.“

Einzahlungen (Finanzplan)

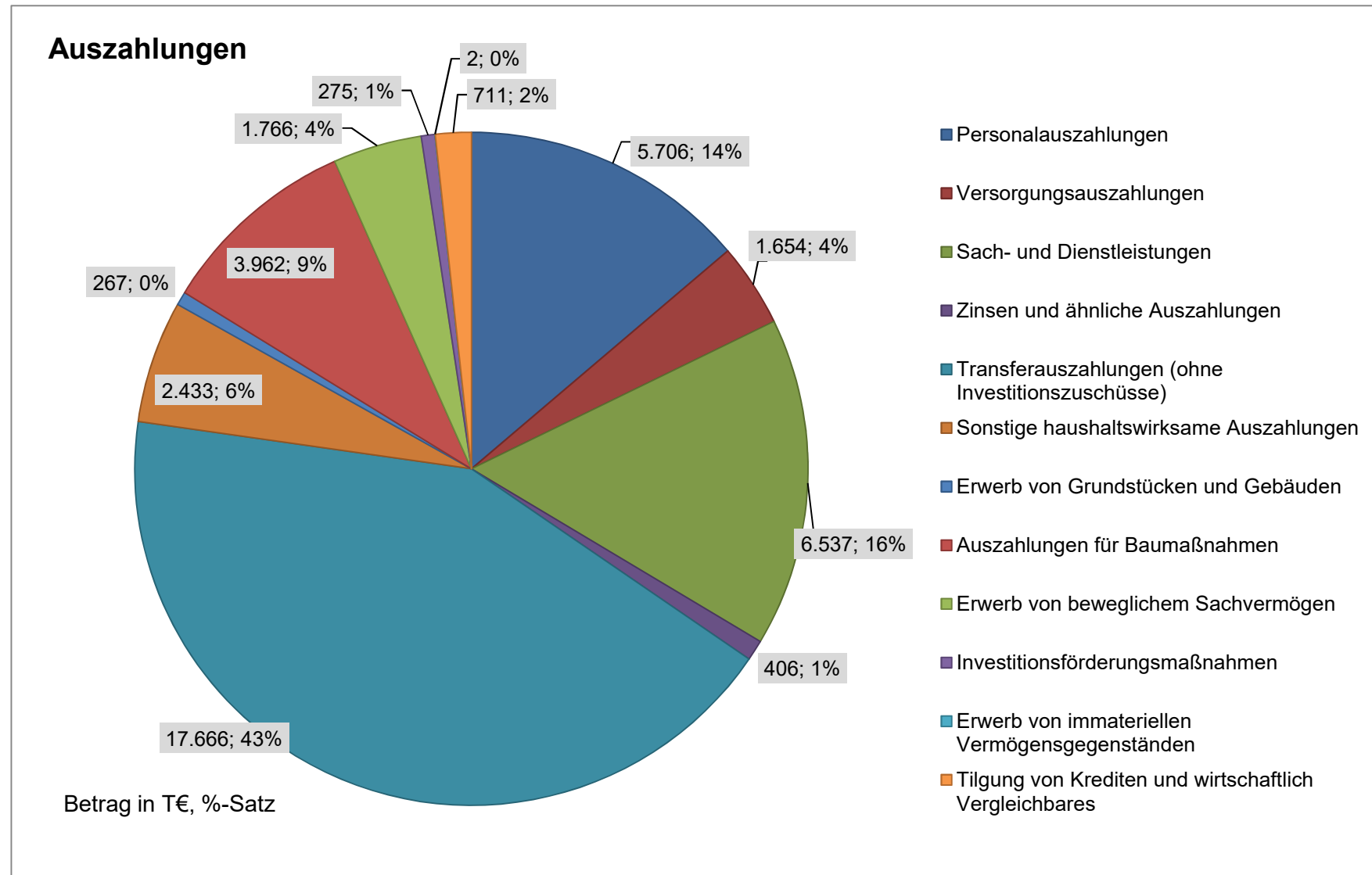


31.642.600 EUR

Einzahlungen

Bezeichnung	2020 NT	2021 Plan	Vergleich
aus laufender Verwaltungstätigkeit	26.566 T€	30.151 T€	+3.585 T€
aus Investitionstätigkeit	14.251 T€	1.492 T€	-12.759 T€
aus der Aufnahme von Krediten	4.055 T€	?? T€	?? T€
Gesamteinzahlungen	44.872 T€	31.643 T€	?? T€

Auszahlungen (Finanzplan)



41.385.300 EUR

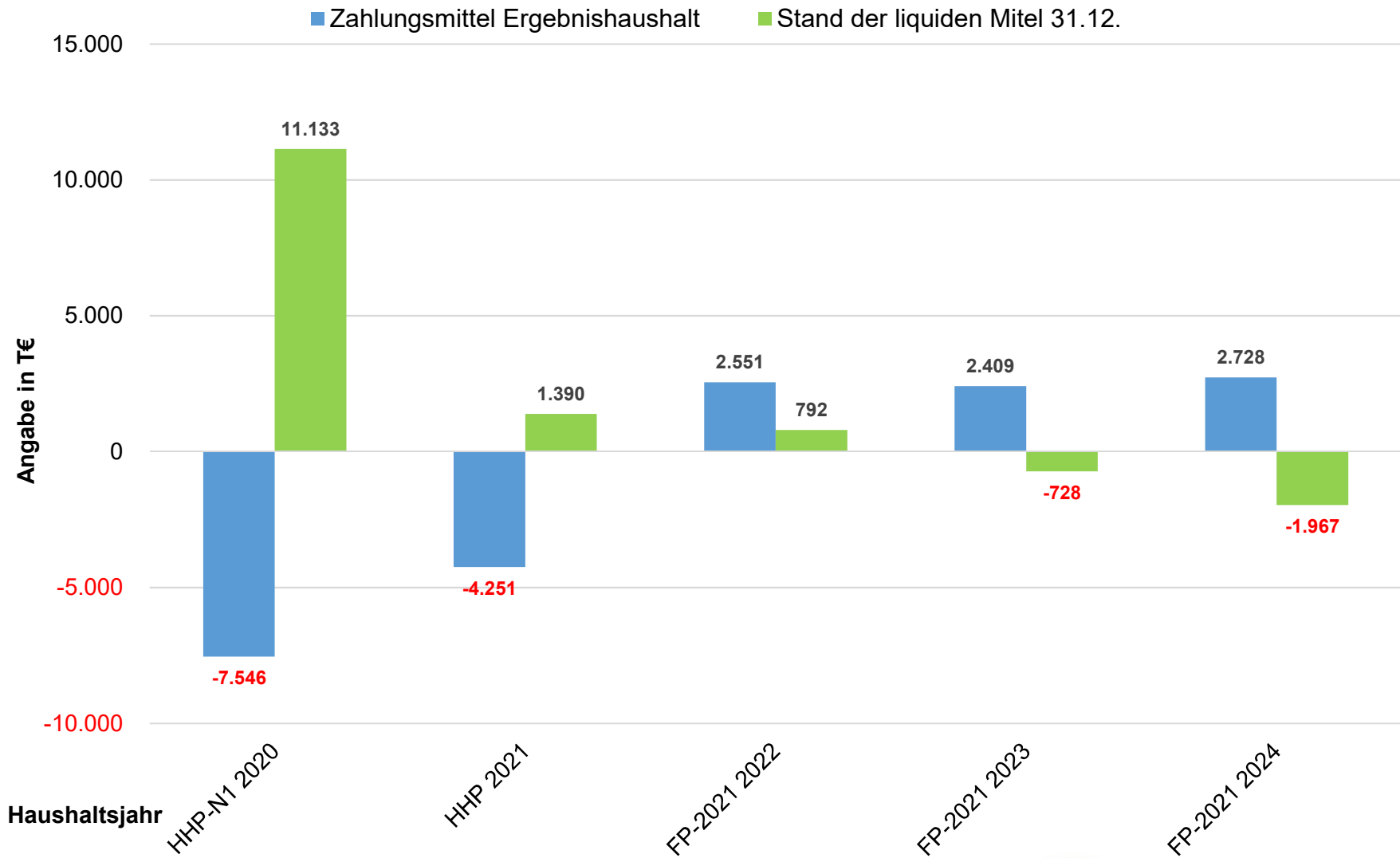
Auszahlungen

Bezeichnung	2020 NT	2021 Plan	Vergleich
aus laufender Verwaltungstätigkeit	34.111 T€	34.402 T€	+291 T€
aus Investitionstätigkeit	9.967 T€	6.273 T€	-3.694 T€
für die ordentl. Tilgung von Krediten	793 T€	711 T€	-82 T€
für die Tilgung/Umschuld. von Krediten			
Gesamtauszahlungen	44.871 T€	41.386 T€	?? T€

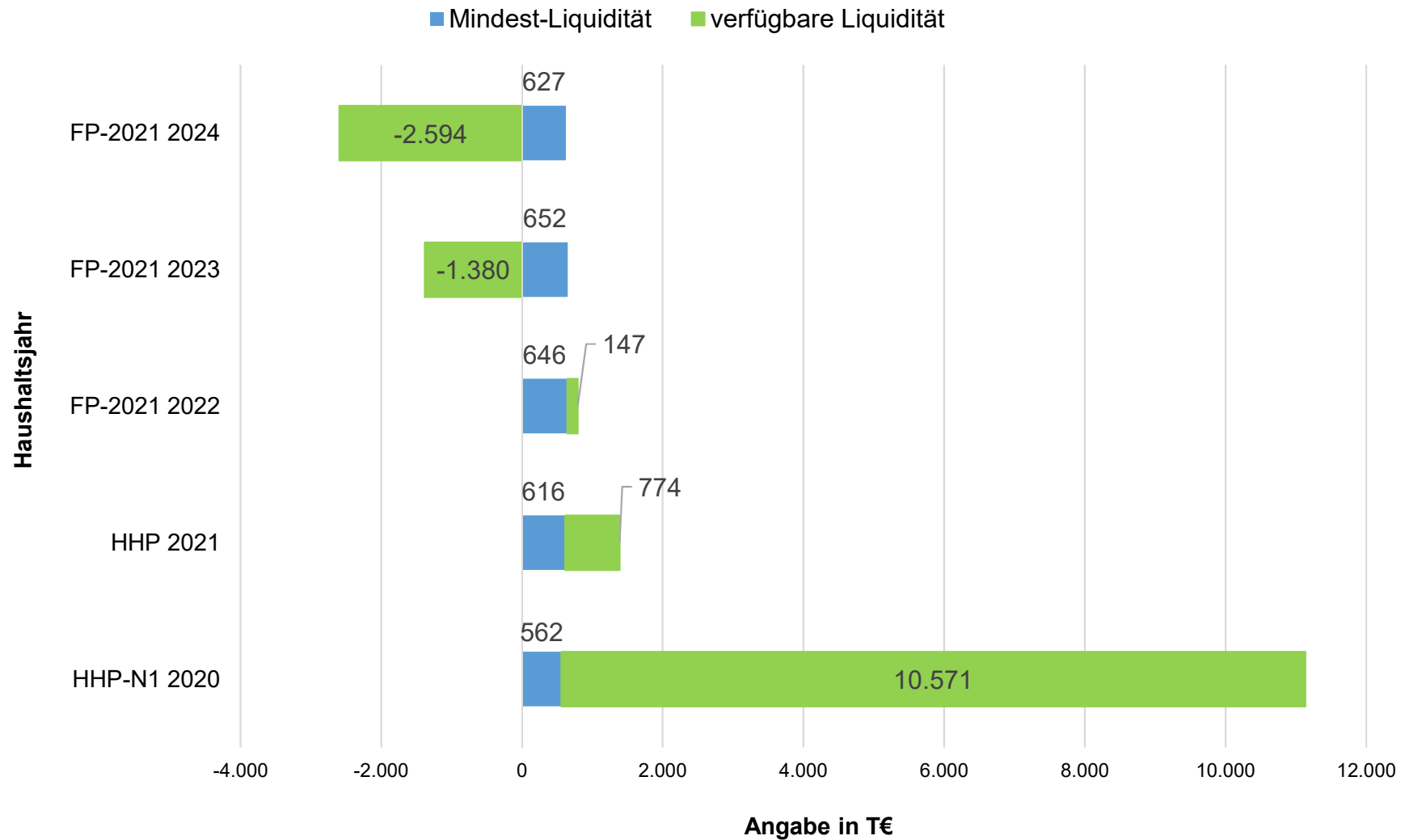
Zusammenfassung

Bezeichnung	2020 NT	2021 Plan	Vergleich
Zahlungsmittelüberschuss /-bedarf des Ergebnishaushalts	-7.546 T€	-4.251 T€	+3.295 T€
Finanzierungsmittel- überschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	4.284 T€	-4.781 T€	-9.065 T€
für Tilgung von Krediten	-793 T€	-711 T€	+82 T€
Finanzierungsmittelüber- schuss/-bedarf	-4.055 T€	-9.743 T€	-5.688 T€
Kreditneuaufnahme	4.055 T€	?? T€	

Zahlungsmittelbedarf bzw. -überschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit



Entwicklung der Liquidität (ohne Berücksichtigung von bekannten Zahlungsverpflichtungen)



Welche Zahlungsverpflichtungen sind 2021 bekannt?

Gewährträgerschaft KVBW

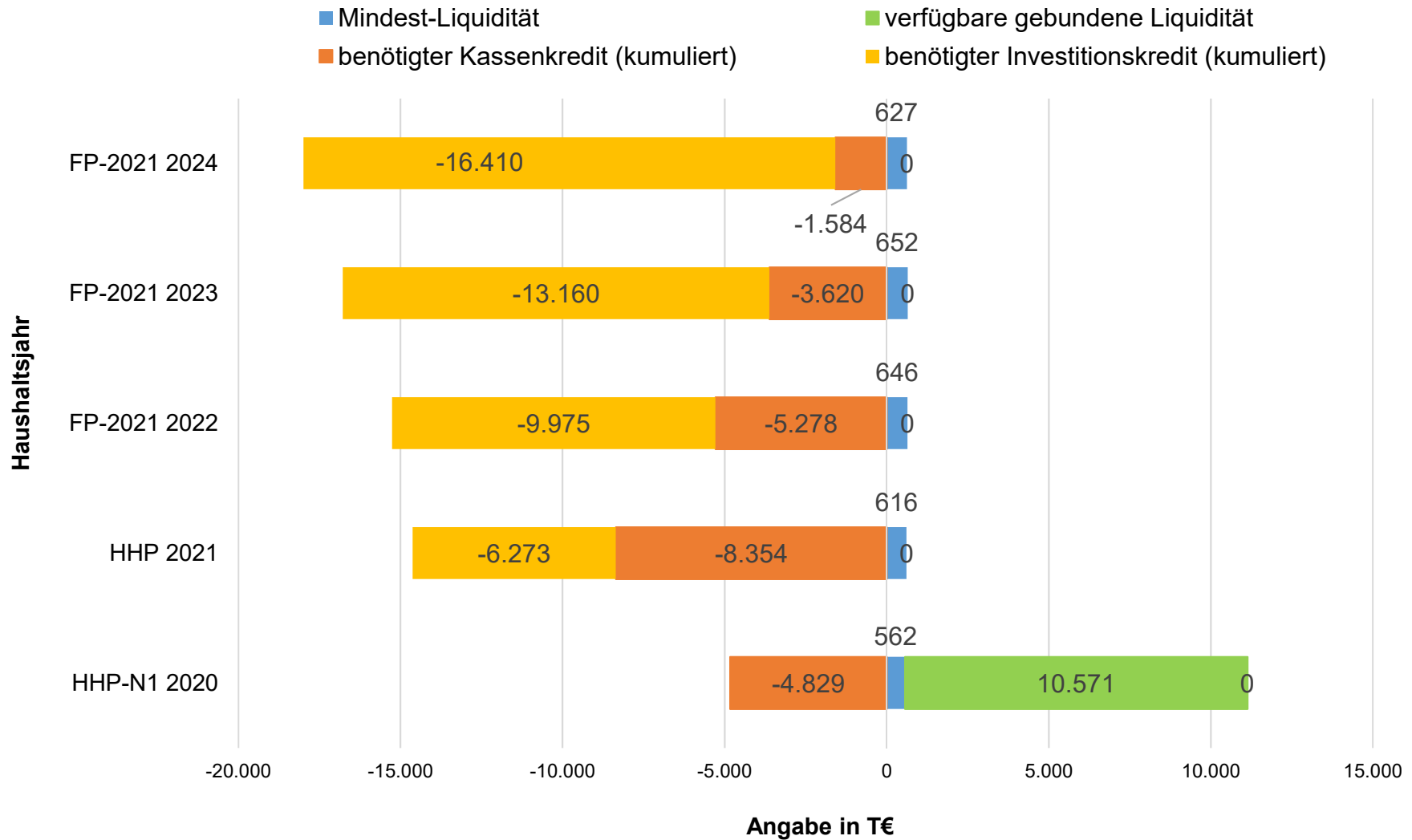
→ geschätzt **15,4 Mio. €**

→ ggf. weitere, wenn Mittelabfluss (Gewerbesteuererstattung 2,4 Mio.€, Erstattungszinsen 0,9 Mio. €, Anwaltskosten 0,8 Mio.€) nicht wie geplant 2020 stattfindet, dann aber Erhöhung der Liquidität in 2021 in gleicher Höhe)

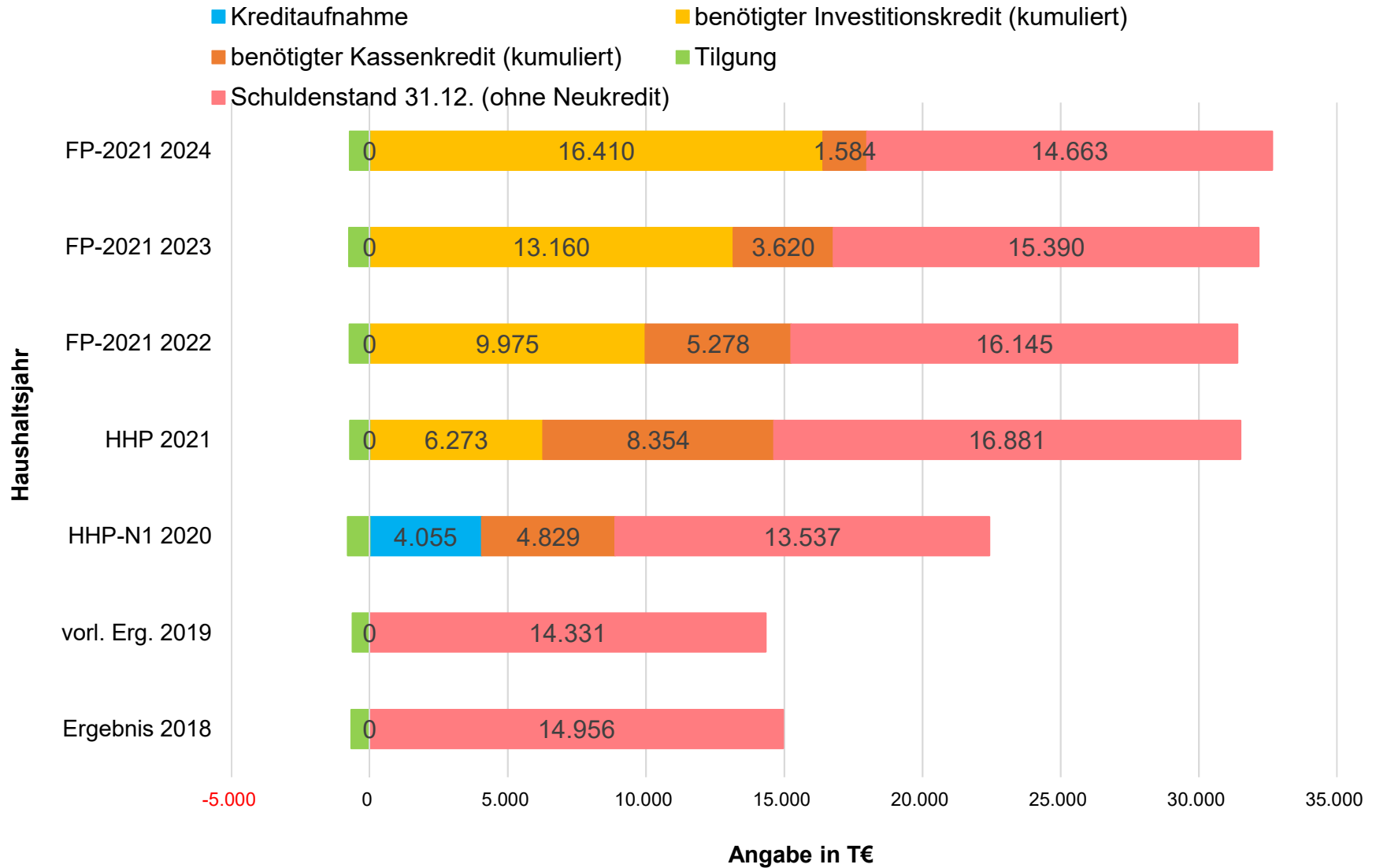
Problem:

- nur Investitionen dürfen über Investitionskredite finanziert werden (d. h. nur, was im Investitionsprogramm steht!)
- § 78 Abs. 3 GemO: „Die Gemeinde darf Kredite nur aufnehmen, wenn eine andere Finanzierung nicht möglich ist oder wirtschaftlich unzweckmäßig wäre“
- § 87 Abs. 1 S. 1 GemO: „Kredite dürfen unter den Voraussetzungen des § 78 Abs. 3 nur im Finanzhaushalt und nur für Investitionen, Investitionsförderungsmaßnahmen und zur Umschuldung aufgenommen werden.“

Entwicklung der Liquidität (mit Berücksichtigung von bekannten Zahlungsverpflichtungen)



Entwicklung des Schuldenstandes



4. Aufgaben/ Entscheidungen des Gemeinderates (sofort – Zukunft)



AUT 7.+14.10. und GR am 7.11.

Kritischer Blick auf:

1. laufende Aufwendungen des Ergebnishaushaltes

- Ist das eine Pflichtaufgabe?
- Sollen wir uns das wirklich leisten?
- Umsetzungszeitpunkt bzw. -zeitraum
 - Ist das alles überhaupt innerhalb 1 Jahres realisierbar?
 - oder in welcher zeitlichen Abfolge sollen Maßnahmen realisiert werden?

2. Notwendigkeit der Investitionen

- Ist das eine Pflichtaufgabe?
- Sollen wir uns das wirklich leisten?
- Stimmt die Investition mit der strategischen Ausrichtung der Gemeinde überein?
(Wirkungsbeitragsanalyse, Strategieklausur)

Strategisch veranschlagen anhand der Ergebnisse der Wirkungsbeitragsanalyse und der Strategieklausur:

- Was nicht weiter ausgebaut bzw. erhalten werden soll, wird komplett gestrichen bzw. auf das absolut erforderliche Minimum begrenzt.
- Was zwingend umgesetzt werden soll, wird belassen bzw. nach Priorität im Finanzplan veranschlagt.

07.11.2020:

1. Soll eine Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer (A und B) zum 01.01.2021 erfolgen und falls ja mit wieviel von Hundert?
2. Soll eine Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer zum 01.01.2021 erfolgen und falls ja mit wieviel von Hundert?

Hinweis:

- Der zugehörige **Beschluss** sollte spätestens in der **Sitzung am 02.12.2020** erfolgen, um die Hebesatzänderung im Rahmen der Jahresveranlagung Grundsteuer 2021 direkt mit Verarbeiten zu lassen; anderen Falls entsteht ein Mehraufwand (personell + finanziell)

Ab Januar 2021 beraten/beschließen:

1. Was von den Konsolidierungsbeschlüssen vom 22.11.2017 soll noch umgesetzt werden bzw. welche Bereiche sollen noch betrachtet werden?
2. Welche Anregungen der Kommunal Beratung Kehl sollen im Zuge der Beschlussfassung vom 22.11.2017 künftig noch umgesetzt werden?
3. Bei welchen weiteren Leistungen soll die Verwaltung prüfen und darstellen, was das Reduzieren von Standards der Leistungserbringung bzw. das Streichen der Leistung finanziell ab welchem Zeitpunkt bewirken würde (vgl. Wirkungsbeitragsanalyse, Strategieklausur)
4. Bei welchen Gebührenarten soll eine Erhöhung des Kostendeckungsgrades geprüft/vorbereitet werden?